

**Zeitschrift:** Zürcher Illustrierte  
**Band:** 10 (1934)  
**Heft:** 25  
  
**Artikel:** Dafür? Dagegen?  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-754700>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 24.01.2026

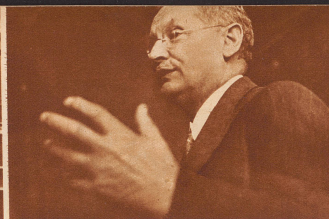
**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**





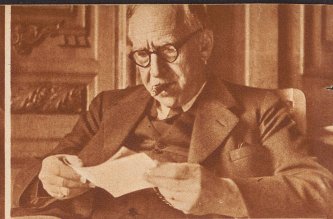
**Nationalrat Dr. R. A. Gelpke, Bürgerpartei, Basel:**

Man kann sich den beiden Fragen gegenüber natürlich nur ablehnend verhalten. Es ist der Todfeind, der in Rußland regiert. Man muß die Sache von der Seite der Sauberkeit her entscheiden. Es besteht auch gar keine Gewähr, ob Rußland die bezogenen Waren bezahlen wird. Allerdings sind die Verpflichtungen bisher im allgemeinen erfüllt worden; aber es sind noch Hunderte von Millionen ausstehend. Die politische Lage in der Sowjetunion läßt noch keine Deutung zu, welche für die Schweiz eine Ermutigung wäre.



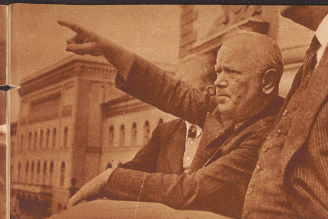
**Ständerat Dr. Emil Klöti, Soz., Stadtpräsident von Zürich:**

Rußland stellt heute eine bedeutende wirtschaftliche Realität dar. Mit ihr hat man unbedingte zu rechnen. Die Weltwirtschaft kommt nicht ins Spiel, solange dieser große russische Wirtschaftskörper nicht in den Weltverkehr eingegliedert ist.



**Nationalrat Dr. A. Oeri, lib.-kons., Chefredaktor der «Basler Nachrichten», Basel:**

Der Eintritt Rußlands in den Völkerbund braucht nicht gleichbedeutend zu sein mit der Anerkennung Rußlands de jure. Da, wo der Lieferungsverkehr nach Rußland aufgehört hat, stellt sich die interessante Frage, ob die Russen ihrer Zahlungspflicht gleichwohl nachkommen werden. Treibt man aber nicht Kaubau an eigenen Export, indem man durch Lieferungen nach Rußland eine spätere Konkurrenz gefährdet? Über die Frage, ob die Produktionsgüterindustrie zur Beschäftigung ihrer Arbeiterschaft die Rußlandaufträge einfach notgedrungen begrüßen muß, mögen die Wirtschaftler entscheiden, nicht die Politiker.



**Nationalrat Robert Grimm, Soz., Bern:**

Das wichtigste Mittel zur Belebung der schweizerischen Wirtschaft ist die Förderung des Exportes. Sie muß so orientiert sein, daß sie ihre Absatzgebiete dort sucht, wo eine neue Organisation der Wirtschaft durchgeführt wird. Eines der wichtigsten Länder in dieser Beziehung ist Rußland, das sowohl als Abnehmer für unsere Exportindustrie, ganz besonders aber als Absatzmarkt für landwirtschaftliche Produkte (Holz, Getreide) in Frage kommt. Weltanschauliche und politische Einstellungen dürfen nicht über die Notwendigkeit der Erhaltung der schweizerischen Wirtschaft gestellt werden.



**Nationalrat Dr. Walter Stampfli, Radikal, Gerlafingen (Solothurn):**

Der russische Export nach der Schweiz besteht jetzt schon im Maßstab des schweizerischen Exportes nach Rußland. Ein Ausbau der Handelsbeziehungen ist möglich auch ohne Anerkennung der jure der Sowjetunion durch die Schweiz. Wenn Rußland, was offenbar vorzuziehen ist, in den Völkerbund aufgenommen wird und infolge dieser Tatsache weitere Staaten den diplomatischen Verkehr mit Rußland wieder aufnehmen, die Eidgenossenschaft diesem Beispiel aber nicht folgt, dann würde die russische Empfindlichkeit vielleicht so stark belastet, daß Rußland aus der Sache eine Prestigefrage machen würde. Dann allerdings könnte der Handelsverkehr zwischen Rußland und der Schweiz einen erheblichen Schaden nicht zuletzt zu Ungunsten unserer Produktionsgüterindustrie erleiden. Bei der Entscheidung über die Haltung der Schweiz sprechen natürlich nicht bloß wirtschaftliche, sondern auch politische und moralisch-religiöse Erwägungen mit.



**Nat.-Rat W. Brüngli, Komm., Schaffhausen:**

Für die Aufnahme normaler Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und Rußland hat jetzt die zwölfte Stunde geschlagen. Wenn von Deutschland her die mit Sicherheit zu erwartenden schweren, vielleicht katastrophalen Erschütterungen der schweizerischen Banken und Industrien eintreten, wird die Schweiz in Rußland betteln müssen. Ich stelle mir bei der Ordnung der wirtschaftlichen Beziehungen eine Lösung auf der Grundlage der Kompensation vor. Die Sowjetunion hat aus innerwirtschaftlichen und allgemeinen politischen Gründen das größte Interesse, weder ihren Zahlungsvollen noch ihre Zahlungsfähigkeit in Mitleidenschaft zu ziehen. Rußland bedarf der hochindustrialisierten Länder in hohem Maße; es ist aber angesichts der entgegenkommenden Haltung verschiedener Großstaaten nur noch mühsam auf den Warenbezug aus der Schweiz angewiesen. Diese kann sich den immer wertvoller werdenden russischen Markt durch politische und moralische Scheinargumente für immer verschließen. Als Vertreter von Schaffhausen mit seiner großen Metallindustrie muß ich besonders eindringlich für die Aufnahme regulärer Handelsbeziehungen eintreten.

**Nationalrat Dr. A. Welti, Soz., Rheinfelden:**

Die Argumente, die gegen die Aufnahme diplomatischer und normaler handelspolitischer Beziehungen mit Rußland immer wieder ins Feld geführt werden, stehen auf schwachen Füßen. Sie zeigen nur, daß man noch nicht gelernt hat, in Bezug auf Moral, Religion, Kirche und Weltanschauung mit gleichen Maße zu messen. Die Gegenargumente beweisen auch einen großen Grad nationaler Einbildung und Ueberheblichkeit, der uns Schweizern nicht so ganz gut ansteht.

# Dafür? — Dagegen?

Eine Umfrage der «Zürcher Illustrierten» bei einigen bedeutenden Parlamentariern über die Notwendigkeit offizieller Beziehungen der Schweiz zu Rußland

AUFNAHMEN VON PAUL SENN

Ueber der letzten Session der Eidgenössischen Räte lag gleich einem Gewitter vor der Entladung die große Frage, ob die Schweiz über die bestehenden privatrechtlichen Beziehungen hinaus in eine formale Handelsabrede mit Rußland eintreten soll. Das ist die erste, mehr praktisch-ökonomisch zu bewertende Frage. Die zweite hochpolitische und auch religiös-moralische, im ganzen also grundsätzliche Frage bezieht sich auf die Anerkennung der jure der Sowjetunion durch die Schweiz. Die Beantwortung der zweiten Frage wird einigermaßen durch den Umstand beeinflusst, daß die Sowjetunion mit Aussicht auf Erfolg über ihren Eintritt in den Völkerbund verhandelt.

Bei der ganzen Problemstellung fällt besonders die Tatsache ins Gewicht, daß gerade die hochindustrialisierten Großmächte willens sind, mit Rußland im Geschäft zu stehen und völkerrechtlich normale diplomatische Beziehungen zu pflegen. Angesichts solcher Entwicklungstendenzen kommt den beiden Fragen nach dem Verhalten der Eidgenossenschaft gegenüber der Sowjetunion eine besondere Bedeutung zu. Wir haben deshalb einige Mitglieder der eidgenössischen Räte zu einer Ansichtsausschüttung veranlaßt, um in der Lage zu sein, den Lesern der «Zürcher Illustrierten» einen Querschnitt durch die Meinungen innerhalb des Parlaments zu bieten. Wenn man

von einem Gesamteindruck reden will, so wäre etwa zu sagen, daß die Ansichten noch stark im Flusse sind, wobei indessen kaum zu verkennen ist, daß die Geneigtheit vorab für die Aufnahme formaler Wirtschaftsbeziehungen seit der Märzsession zugenommen hat, während hinsichtlich der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen immer noch große Bedenken bestehen. Aber lassen wir nun den National- und Ständeräten selbst das Wort zur Darstellung ihres Standpunktes, der in allen Fällen nicht als offizielle Stellungnahme der betreffenden Parteien, sondern nur als persönliche Ansichtsausschüttung betrachtet werden darf.

Max Schmeizer.



**Ständerat Dr. Oskar Wettstein, Dem., Zürich:**  
Von einer Wiederaufnahme unserer diplomatischen Beziehungen wird die Rede sein können, wenn Rußland international als Rechtsstaat anerkannt werden darf. Wirtschaftliche Vorteile rechtfertigen eine Wiederaufnahme um jeden Preis nicht.

**Bildlinks:** Im Nationalratssaal eine ganz große Chance in den Karten gefallen. Der sozialistische Fraktionspräsident Dr. Arthur Schmid (links) und Bundesrat Motta (rechts) reden über die Außenpolitik. Unser Außenminister beschwört den hartnäckigen Widerpart mit Worten, Mimik und ständisch impulsiver Geste. Schmid ist ganz Ohr, aber er wird im nächsten Augenblick umgekehrt Motta zu überzeugen versuchen. Eine Einigung ist da nicht erzielbar. Aber das Bild hat Charme. Es zeigt, daß politische Gegnerschaft das Verständnis von Mensch zu Mensch nicht zu erfüllen braucht.

**Nationalrat Dr. Arthur Schmid, Soz., Oberentfelden (Aarg.):**  
äußert sich wie folgt über das Problem Schweiz-Rußland: Die sozialdemokratische Partei der Schweiz hat — obwohl sie im eigenen Lande gegen die Kommunisten und gegen die 3. Internationale kämpft — je und je die Auffassung vertreten, daß die Aufnahme der Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion eine absolute Notwendigkeit sei. Im Parlament sind wiederholt entsprechende Anträge gestellt und verteidigt worden, zuletzt im Dezember 1933 durch eine Motion Reinhard, welche u. a. auch die Anerkennung der jure der Sowjetunion verlangte. Mit der Aufnahme regulärer Beziehungen zu Rußland werden wesentliche wirtschaftliche Interessen der Schweiz gefördert.



**Nat.-Rat Adrien Lachenal, Rad., Gené:**

Wenn unsere Industriellen und Handelsleute sich in jedem einzelnen Falle genügender Garantien für die Bezahlung ihrer Waren verschern können, dann sehe ich nicht ein, weshalb sie darauf verzichten sollten, einen so interessanten Markt zu bearbeiten. Wenn sich günstige Erfahrungen ergeben, dann wird sich das ganze Beziehungsproblem einfacher gestalten als gegenwärtig. Unser Agent ist in Rußland ins Gefängnis geworfen und getötet worden; seine Gattin ist darob verübelt geworden und schließlich irgendwo in Deutschland in einem Irrenhaus gestorben. Nein, nein — wir werden nicht nach Rußland liefern...

**Nationalrat A. F. L. Cailler, Rad., Broc-Fribourg:**

Wir haben absolut kein Interesse an dem Ausbau der Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und Rußland, sondern auch ihrer politischen und diplomatischen Beziehungen stellen wir uns ganz und gar negativ ein. Wir haben vor dem Krieg in sehr großem Maßstab unsere Schokolade nach Rußland exportiert. In der Folge haben wir durch die bekannten Ereignisse gewaltige finanzielle Einbußen erlitten. Unser Agent ist in Rußland ins Gefängnis geworfen und getötet worden; seine Gattin ist darob verübelt geworden und schließlich irgendwo in Deutschland in einem Irrenhaus gestorben. Nein, nein — wir werden nicht nach Rußland liefern...

**Nat.-Rat Dr. Heinrich Walther, kath.-kons., Luzern:**

Bis jetzt ist sowohl die Pflege normaler handelspolitischer als auch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Eidgenossenschaft und der Sowjetunion innerhalb unserer Fraktion eindeutig abgelehnt worden. Dabei spielte die Befürchtung vor politischen Untrieben eine hauptsächliche Rolle. Nun haben aber die wirtschaftlichen Beziehungen de facto doch einen gewissen Umfang angenommen. Und nun besteht die Befürchtung, daß durch das Einverständnis mit formalen Beziehungen, die angestrebt werden, auch die Anerkennung der jure nach sich gezogen wird. Inzwischen sind allerdings auch in unserer Partei die Stimmen einer Minderheit laut geworden, die besagen, daß man angesichts des Verhaltens anderer Mächte auch in der Schweiz etwas aus der Zurückhaltung heraustreten müsse. Rußlands Eintritt in den Völkerbund dürfte die Fragen nicht mit einem Male unter neue Aspekte stellen. Die Fraktion wird dieser Tage eine Spezialisierung zur Besprechung des ganzen Fragenkomplexes mit Retrat von Bundesrat Motta abhalten.

**Nationalratspräsident Joh. Huber, Soz., St. Gallen:**

Die Schweiz ist im Gegensatz zu Beürchtungen im bürgerlichen Lager nicht bloß ihrer wirtschaftlichen Struktur, sondern auch ihrer politischen Tradition und der geistigen Erziehung des Volkes nach ein durchaus ungeeignetes Feld für die kommunistisch-revolutionäre Propaganda. Diese könnte mit vollem Erfolg abgelehnt werden. Entscheidend für die Frage der Wiederaufnahme formaler Handels- und diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion wird die wirtschaftliche Entwicklung innerhalb der Eidgenossenschaft sein. Wenn es nicht gelingt, einer eigentlichen Verarmung breiterer Bevölkerungsschichten vorzubeugen und insbesondere die besitzende Klasse nicht die nötigen Opfer bringt, um die Krise und ihre Folgen zu überwinden, dann können einerseits die kommunistische Propaganda und andererseits die Bestrebungen der Fronten des nötigen Nährboden finden; denn beide Bewegungen setzen eine gewisse Rationalität und Hoffungslosigkeit voraus. Vom Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen würden vorab die Elektro- und Maschinenindustrie sowie die Landwirtschaft in erheblichem Maße profitieren.

**Nationalrat Dr. Carl Sulzer, Rad., Winterthur:**

Bei der Parlamentsdebatte, die im Frühjahr über die Risikogarantie stattfand, spielte Rußland eine Rolle, obwohl diese Garantie keineswegs in erster Linie für Rußlandsgeschäfte wirksam wird. Rußlands Eintritt in den Völkerbund hat mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Schweiz und der Sowjetunion nichts zu tun. Wir haben allen Grund, eine solche Konsequenz zu bestreiten. Immerhin geben die Meinungen auseinander. Eine endgültige Stellungnahme im Augenblick, da alle Fragen noch im Flusse sind und wenig Ueberheblichkeit besteht, werden jene Parlamentarier bezeichnen können, welche bei der ganzen Sache nicht allein wirtschaftliche Momente, sondern vorab politische und moralische Überzeugungen zur Geltung bringen wollen.